

JÜDISCHE ALLGEMEINE

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK, KULTUR, RELIGION UND JÜDISCHES LEBEN



BERLIN, DEN 26. JUNI 2008

BITTE

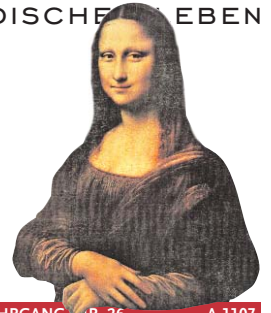
Seite 2

Projekte gegen Rechts setzen gezielt auf prominente Unterstützer. Das lohnt sich – für beide Seiten

LÄCHELN

Seite 15

Wie man mit einem freundlichen Gesicht andere Menschen und sich selbst glücklich machen kann



63. JAHRGANG Nr. 26 A 1107

! EINSPRUCH !

Clemens Wergin wünscht sich einen echten UNO-Menschenrechtsrat

Gerade Freunde Israels hatten mit der Neugründung des UNO-Menschenrechtsrates vor zwei Jahren einige Hoffnungen verbunden. Schließlich war die alte Kommission berichtigt für ihre einseitige Israelkritik und dafür, schlimmste Menschenrechtsverbrecher weitgehend ungeschoren zu lassen. Schaut man sich das Treiben des neuen Rates an, so muss man feststellen: Es ist noch dramatischer geworden. In der 8. Sitzungsperiode, die vergangene Woche zu Ende ging, zeichnete sich zudem ab, dass der Rat zunehmend von einer Mehrheit islamischer und unfreier Staaten dominiert wird. Nachdem Menschenrechtsorganisationen auf Intervention Ägyptens und Pakistans entgegen allen Gepflogenheiten verwehrt worden war, über den Zusammenhang von islamischer Rechtsauslegung, Frühverheiratung und Genitalverstümmelung von Frauen zu reden, untersagte der rumänische Vorsitzende gar, die Scharia im Rat zum Gegenstand von Gesprächen zu machen.

Stattdessen befasst sich das Gremium seit seiner Gründung so exzessiv mit Israel, dass man von einer Obsession sprechen muss. Der jüdische Staat ist auch das einzige Thema, mit dem der Rat kontinuierlich befasst ist. Mit Richard Falk wurde ein Chefermittler gefunden, der Israel hasst und das Land gerne mal mit den Nazis vergleicht. Unter Beteiligung des Rates plant man nun das nächste große antiisraelische, ja antisemitische Event geplant: „Durban II“ wird im Frühjahr 2009 aller Voraussicht nach noch schlimmer werden als die Vorgängerveranstaltung, die sogenannte Antirassismuskonferenz in Südafrika. Die Papiere, die von den Mitgliedern des Vorbereitungsausschusses (dazu gehören Iran, Pakistan und Libyen) herumerreichend werden, überschreiten jetzt schon alle roten Linien. Inzwischen formiert sich auch in Deutschland eine Boykottbewegung gegen Durban II. Es ist an der Zeit, dass Europa geschlossen diese Veranstaltung verlässt – und den zur Farce gewordenen UNO-Menschenrechtsrat gleich mit.

Der Autor ist Ressortleiter Außenpolitik von „Welt“ und „Welt am Sonntag“.

INHALT

JÜDISCHE WELT 7

Schlag auf Schlag
Wieder ist in Paris ein junger Jude Opfer von brutaler Gewalt geworden

WISSEN 13

Guter Klang
Das Europäische Zentrum für jüdische Musik bewahrt synagogale Tonkunst

GOTTESDIENSTE 14,15

Schabbat
Wie Streithammel bestraft werden

GEMEINDEN 19

Junge Pfälzer
Speyer bekommt eine neue Synagoge und ein Gemeindezentrum



Von Staats wegen

Warum sich die Erinnerungskultur in Deutschland in eine falsche Richtung entwickelt



Augen auf: Wenn die Erinnerung allein vom Staat verwaltet wird, kommt ihr das zivilgesellschaftliche Fundament abhanden.

Foto: imago

VON VOLKHARD KNIGGE

Das Schweigen war lang. Doch jetzt hat Kulturstaatsminister Bernd Neumann ein neues Gedenkstättenkonzept für den Bund vorgelegt, das bereits vom Kabinett abgesegnet wurde.

Das 31 Seiten umfassende Papier ist die überarbeitete Fassung eines Entwurfs aus dem vergangenen Jahr, der viel Unmut hervorrief. Unter anderem, so die Kritiker, weil dort beide deutschen Unrechtsregime – die Nazidiktatur und der SED-Staat – „gleichgesetzt“ worden seien. Doch an eine breite Diskussion der neuen Förderkonzeption unter Einbeziehung von Opferverbänden, Gedenkstätten und Zivilgesellschaft war offensichtlich nicht gedacht. Der Entwurf ist als „Vorlage“ für den Kulturausschuss des Bundestages deklariert worden. Das allein sagt schon viel aus. Zu Kommentaren oder gar Kritik wurde nicht ermuntert. Und eine Anhörung im Kulturausschuss des Bundestages im November 2007 dauerte kaum fünf Stunden. Sollte es weitere Gespräche geben haben, dann müssen sie dem Modell heimlicher Politikberatung oder lobbyistischer Intervention gefolgt sein.

Genau hier liegt ein generelles Problem des neuen Konzepts: Das weitgehend undurchsichtige Ausarbeitungsverfahren unterscheidet sich klar von dem diskursiven, aus dem die alte Konzeption des Jahres 1995 hervorgegangen ist. Erarbeitet wurde sie 1995 bis 1998 von der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der Deutschen Einheit“ (sic!). Öffentliche Diskussionen – auch in Gedenkstätten unter Beteiligung von Opferverbänden – waren dabei die Regel.

Erinnerungskultur ist damals nicht administriert, sondern nachhaltig belebt und institutionell unterfüttert worden – in ausdrücklicher Anerkennung ihres zivilgesellschaftlichen Fundaments. Das war keine Selbstverständlichkeit. Denn in der Bundesrepublik hat es Jahrzehnte gedauert, bis ein größerer Teil der Gesellschaft willens war, die Überreste ehemaliger KZs als Gedenkstätten anzuerkennen. Da kann es kaum überraschen, dass erst 50 Jahre nach dem Holocaust, 1995, ein bayrischer Ministerpräsident in der Gedenkstätte Dachau eine

* * *

An eine breite Diskussion des Gedenkstättenkonzepts war offenbar nicht gedacht.

* * *

Rede hielt oder auf dem Gelände des KZ Neuengamme noch bis vor wenigen Jahren Strafanstalten betrieben wurden. Wer sich das vor Augen führt, wird erweisen, welcher Aufbruch sich mit dieser Haltung der Enquete-Kommission verband. Er wird auch erkennen, dass der kritische Geist der DDR-Bürgerrechtsbewegung nachwirkte.

Davon ist in dem nun vorgelegten Konzept wenig geblieben. Nicht nur durch ihr Zustandekommen, sondern auch, weil die Möglichkeit der Initialförderung gesellschaftlichen Engagements eliminiert worden ist. Die bundesrepublikanische Zivilgesellschaft aber hat sich nicht zuletzt durch die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte und dem Nachwirken des Nationalsozialismus konstituiert. Jen-

seits staatlicher Verordnung gab es die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern, sich mit den deutschen Verbrechen uneingeschränkt auseinanderzusetzen und der Opfer zu gedenken. Erst dies hat zur substantiellen Demokratisierung der Bundesrepublik geführt.

Das Zustandekommen des jetzigen Gedenkstättenkonzepts entspricht zwar formaler Demokratie. Doch es bedeutet einen Verlust an demokratischer Kultur. Koalitions- und Kabinettpolitik haben in hohem Maße die öffentliche Auseinandersetzung um die Zukunft der Erinnerung ersetzt. Der in die finanzielle Verantwortung genommene Staat scheint auf die Mitwirkung seiner Bürger bei der Fortentwicklung der Erinnerungskultur weitgehend verzichten zu wollen. Und dies, da sie angesichts des Verschwindens der Zeitzeugen als historisch-politische und ethische Bildung neu konzipiert werden muss. Doch dazu sind nicht nur Fachleute nötig, sondern auch ein lebendiger, öffentlicher, gesellschaftlicher Selbstverständigungsprozess.

Erinnerungsbereitschaft, Engagement und Zivilcourage lassen sich nur bedingt durch Fachinstitutionen anerkennen. Wer in Gedenkstätten arbeitet, erfährt täglich, dass kritische Erinnerungskultur nur so glaubwürdig ist wie Politik und Gesellschaft, die sie propagieren. Wir sollten endlich anfangen, offen darüber zu diskutieren, wie Erinnerungskulturpolitik in einer demokratischen Gesellschaft aussehen muss.

Der Autor ist Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten und Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora.

INTERVIEW

„Ein Bericht ist dringend notwendig“

Julius H. Schoeps über den Kampf gegen Antisemitismus

Herr Schoeps, Sie und andere Experten haben im Innenausschuss des Bundestages einen Jahresbericht über Antisemitismus gefordert. Gibt es darauf schon Reaktionen vonseiten der Politik?

SCHOEPS: Nein, bisher noch nicht. Bekanntheitsmaß mahlen die politischen Mühlen langsam. Ich hoffe aber sehr, dass es zu einer solchen Empfehlung kommt. Bei der Anhörung hatte ich den Eindruck, dass die Bundestagsabgeordneten dem Vorschlag wohlwollend gegenüberstehen.

Die Forderung wurde von jüdischer Seite gestellt. Meinen Sie wirklich, dass die Politik die Idee aufgreifen wird?

SCHOEPS: Das wird sich zeigen. Ich kann nur meine Hoffnung formulieren. Es kommt darauf an, für wie wichtig die Politik das erachtet. Die Juden zumindest sehen das als dringend notwendig an.

Was könnte der Bericht bewirken?

SCHOEPS: Er sollte auf jeden Fall von der Bundesregierung verantwortet werden. Aber es müssen unabhängige Experten beauftragt werden, diesen zu erstellen. Ich glaube nicht, dass das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz die richtigen Institutionen dafür sind. Es bedarf doch eher einer wissenschaftlichen Aufarbeitung.

Papier ist geduldig. Kann ein solcher Bericht überhaupt konkrete Folgen haben?

SCHOEPS: Ich gehe davon aus, dass darin auch Empfehlungen ausgesprochen werden, was zu tun ist, wenn es um Präventionsmaßnahmen oder rechtliche Schritte geht.

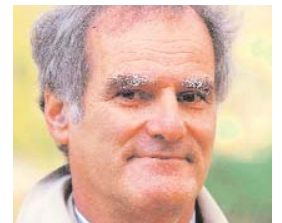
Geht dazu auch die Einsetzung eines Antisemitismusbeauftragten auf Bundesebene?

SCHOEPS: Das eine schließt das andere nicht aus. Mir kommt es aber erst einmal auf den Bericht an, den es in anderen europäischen Ländern schon gibt, aber eben nicht in der Bundesrepublik.

Derzeit erheben auch Juden immer lauter ihre Stimme gegen Antisemitismus und versuchen, ihn durch unterschiedliche Initiativen zu bekämpfen. Warum gerade jetzt?

SCHOEPS: Diese Forderungen sind ja schon älter, sie werden seit Jahren vorgetragen. Ich bin ganz optimistisch, dass jetzt doch zumindest der Antisemitismusbericht kommt. Sterter Tropfen höhlt den Stein.

Mit dem Leiter des Potsdamer Moses Mendelssohn Zentrums sprach Detlef D. Kauschke.



Julius H. Schoeps

Foto: imago